UNIVERSITÄT PASSAU
Studierendenparlament/Studentischer Konvent

Auskunft erteilt Paul Scherer
Julia Schwendner
Telefon 0851 509-1972
E-Mail konvent@uni-passau.de

An
Das Studierendenparlament/Stud. Konvent

Datum 01.05.2012

Einladung zur 6. ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments

Liebe StuPa-Mitglieder,

hiermit laden wir euch ganz herzlich zur 6. ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments ein.

Donnerstag, **03.05.2011, 20.00 Uhr**
Raum 403 NK

Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Sitzung!

Mit besten Grüßen

Paul Scherer
Vorsitzender des Studierendenparlaments/
Stud.Konvents

Julia Schwendner
Stellv. Vorsitzende des Studierendenparlaments/
Stud. Konvents

Besucheradresse Innstraße 40, 94032 Passau
Internetadresse http://www.students.uni-passau.de/konvent/

UNIVERSITÄT PASSAU

Vorschlag zur

Tagesordnung

für die sechste ordentliche Sitzung des Studierendenparlaments am 03. Mai 2012

Top 1: Verabschiedung des letzten Protokolls und der Tagesordnung

Top 2: Bericht der Beauftragten

Top 3: Anträge:

1. Piratenstammtisch: Wahl-o-Mat
2. AK Gleichstellung: Förderung studentischer Projekte

Top 4: Nutzung von Bildschirmen durch die Studierendenvertretung

Top 5: Sonstiges

Protokoll der 5. ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments der Universität Passau am 19.04.2011

Anwesende:

GHG:	Franziska Koch, Mirjam Kronschnabel, Sabine Dösing, Paul Scherer, Elena Ammel, Adrian Nennich,
RCDS:	Tim Bartel, Anna Luise Holzner, Thorben Schütt, Michael Mertl
LHG:	Matthäus Blonski
Jusos:	Maximilian Karg, Claire Samtleben, Julia Schwendner
SenatorInnen:	Karin Bugow
Fachschaften:	Sebastian Henneberg, Karoline Oberländer, Paul Wagner, Georg Stammel
Stimmrechtsübertragungen:	Felix Speidel auf Franziska Koch Bettina Reindl auf Matthäus Blonski Felix ist zurückgetreten und hat jetzt noch eine Stimme als studentischer Senator. Adrian Nennich rückt auf der Liste der Grünen Hochschulgruppe nach.
Protokollant:	Karin Bugow

Abstimmung über nachgereichte Anträge der Juso Hochschulgruppe

Da es zu Verzögerungen seitens des Präsidiums kam, wurden die Anträge nicht rechtzeitig verteilt. Julia unterstreicht, dass die Anträge zeitgerecht eingereicht wurden

18 x Ja; 3 Enthaltungen

Abstimmung über die Tagesordnung

einstimmig angenommen

TOP 1 Verabschiedung des letzten Protokolls und der Tagesordnung

Matthäus merkt an, dass nicht ausreichend Argumente eingearbeitet wurden und bittet um eine Erweiterung seiner Ausführungen.

Abstimmung über das Protokoll mit Änderungsanträgen:

19 x Ja; 2 Enthaltungen

TOP 2 Bericht des Präsidiums

Christian Döbber ist als Beauftragter für zentrale Einrichtungen zurückgetreten, da er sich jetzt in einem Urlaubssemester befindet.

Die Einführung von Tragekörben wird auf weitere Bibliotheken ausgeweitet.
Die Einrichtung eines Ohrstöpselautomats wurde untersagt, da die stille Arbeitsatmosphäre erhalten bleiben soll.

Der Antrag der Grünen Hochschulgruppe „Transparenz in der Grundordnung als Leitlinie der Universität“ einzuführen und die Forderung der Offenlegung von Verträgen wird abgelehnt, da man die Grundordnung so schlank wie möglich halten möchte. Die Öffentlichkeit der Sitzungen liefe der gesetzlichen Ausgangslage zuwider.
Die Offenlegung der Drittmittelförderung ist nicht möglich, da Verträge mit GmbHs abgeschlossen werden. Diese müssten einer Offenlegung der Verträge zustimmen.
Der Antrag der LHG Bildschirme auch für Werbezwecke studentischer Gruppen zu nutzen wird umgesetzt. Frau Caspari setzt sich dafür mit der Studierendenvertretung in Verbindung.

Der Antrag über die Kennzeichnung der Hörsäle des SprecherInnenrats, die aus Studiengebühren finanziert werden, wird abgelehnt.

Top 3 Bericht der Beauftragten

Valerie führt ihren Vorschlag durch, Änderungen der Anträge über den Beamer direkt umzusetzen und zu visualisieren. Die Zuständigkeiten dafür ändern sich bei jeder Sitzung.

Bericht der Mensabeauftragten Elena Ammel:

Plakataktion zur Nutzung von Keramiktassen „Sei keine Pappnase“ läuft sehr erfolgreich. Die Nutzung von Keramiktassen soll auch auf die Nikolacafete ausgeweitet werden.
Zudem hängten die Mensabeauftragten Plakate mit der Aufforderung auf, sich bei Problemen an sie zu wenden. Seitdem kommen zunehmend Anfragen aus der Studierendenschaft.

Elena begrüßt die Einführung von Fair Trade- Obst und das Angebot von Sojamilch an allen Cafeten. Öffnung des zweiten Mensaeingangs kommt nur schleppend voran. Klagen über zu lange Schlagen nehmen zu.

Der Mensachef Herr Reitmeier plant einen Gewürztisch im Speisesaal der Mensa aufzustellen. Er ist jedoch noch auf der Suche nach einer Lösung für die Nichtentwendung der Gewürzbehälter wird gesucht.

Biobeilagen in der Mensa wurden eingeführt. Zweimal die Woche gibt es nun ein veganes Gericht. Zusatzstoffe sollen noch weiter gekennzeichnet werden.

Mensaführung wird am 2. Mai um 9 Uhr angeboten. Nur dann macht es, gemäß Frau Krautwurm sinnvoll, da die Mensa dann im vollen Betrieb ist.

Idee Studentische Küchenchefs:
Studierende können Rezepte einreichen. Die 5 besten Rezepte werden gekürt. Mit Unterstützung der Mensa können diese dann einmal unter studentischer Leitung zubereitet werden.

Elena merkt an, dass die Aktion in der Kulturcafete „l(s)st für Bildung“, sich an die Beauftragten hätte wenden sollen.

Beauftragte für ausländische Studierende:
ist nicht anwesend, teilte aber mit, dass sie auf Facebook sehr aktiv ist und dort viele Tipps und Anregungen gibt. Sie wurde noch nicht offiziell kontaktiert.

Bericht des Beauftragten für sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität (Stephan):
Aufgrund des ständigen Vandalismus am Life-Schaukasten und der Nichtreaktion der Universitätsleitung holte er sich von außerhalb Unterstützung, um Druck auf die Unileitung auszuüben. Er führt eine Vorstellungsrunde durch alle Hochschulgruppen durch und hat diese schon fast abgeschlossen.
Mitglieder aus dem AK für Gleichstellung schlagen große Plakataktion vor. Diese soll zur Sensibilisierung der Mitglieder der Universität beitragen und das Outen erleichtern.

Bericht des Datenschutzbeauftragten Manuel Grabowski

CombiKarte wird umgesetzt. Auf Anfrage bei Verantwortlichen ergab sich, dass die Einführung ca. 1,5 Jahre dauern wird.
Auf eine Anfrage hin, ob beim Bafög-Antrag die offengelegten Vermögensverhältnisse überprüft werden, fand Manuel raus, dass alle Daten mit dem Finanzamt abgeglichen werden. Dies ist ein automatisierter Vorgang. Daten von den Banken erhält man von dem Zantralamt für Steuern. Bei Diskrepanzen wird der Bafög- Antrag genauer geprüft.

Als einen Beitrag zu besserer Transparenz veröffentlichen die FIM und die Fachschaft Philo ihre Sitzungsprotokolle.
Da in den Sitzungen auch vertrauliche Informationen aus dem Fakultätsrat besprochen werden, stand dieser Punkt in der Tagesordnung, wurde aber nicht weiter ausgeführt. Allein dieser Hinweis ergab Beschwerden, obwohl dabei keine vertraulichen Informationen veröffentlicht werden.
Offen bleibt die Frage, ob bei vielen Klausuren zu viele Daten abgefragt werden, z.B. Name und Geburtsdatum. Eigentlich müsste die Matrikelnummer ausreichen, da die Pseudonymität für Korrekturen elementar wichtig sei. Zusatzinformationen dürften nur auf dem Deckblatt stehen.
Sebastian ergänzt zu CombiKarte: Zutrittssteuerungen sind geplant. Er tritt dafür ein, dass in dem Planungsgremium ein studentischer Vertreter sitzen soll. Studierende sollen den Planungsprozess mitentscheiden.
Die Studentischen SenatorInnen übernehmen die Anfrage.

Bericht der Kulturbeauftragten Karoline Oberländer:

Im ITZ werden jetzt öfter Theatervorstellungen zugelassen.
Die Kulturcafete ist ab sofort von Mittwoch- Sonntagabend offen.

Am 16.6. ist im Rahmen der Juni Wiesen eine Menschenlichterkette für Toleranz und gegen Rassismus geplant. Diese soll von dem Festzelt über den Fünferl-Steg führen. Karo weist darauf hin, dass es keine Werbeveranstaltung werden soll.

Bericht des Kulturbeauftragten Martin
Martin stellt den Plan für das Beyond Borders- Festival vom 4.-9. Juni vor:

Mo	Vortrag von Mark Speer- “Out of System”
Di	Theater „Asylmonologe”
Mi	Film “Journey of no return” mit anschließender Diskussionsrunde
Do	Poetry Slam - Motto “beyond borders”
Fr	Konzert in der Mensa mit: dunkelbunt, The grand uff zack, Mighty Mammut Movement, Charlotte
Sa	White awareness workshop- Was bedeutet es, weiß zu sein?

Bericht der Beauftragten für Zentrale Einrichtungen Lisa Sperling

Verbot eines Ohrstöpsel-Automaten aus der Ästhetik begründet. Dahinter steht der Gedanke einer guten Lernatmosphäre in der Uni. Dr. Wawra teilt aber gerne Ohropax aus restlichen Geldern aus.

Der Wunsch nach einem Wunschbuch in der Bibliothek wird unterstützt. Wünschen ist elektronisch schon möglich. Schriftliche Lösung wird trotzdem ausprobiert, als ein Buch der Anregungen.

Wegen Platzmangels in der Bibliothek wurde ein zusätzlicher Seminarraum in der Zentralbibliothek nun dauerhaft als Lernraum geöffnet. Die Einführung von elektronischen Spinden gestaltet sich schwierig, da verschiedene Firmen zuständig sind. Zwischen diesen ist die Verständigung kompliziert. Daher kann sich deren Öffnung noch hinziehen.

Franzi lobt die Einführung neuer Scanner und eines zugehörigen Buches, das dessen Bedienung beschreibt.
Die Ausweitung der Schließfächer wird als bedenklich wahrgenommen. Die Frage bleibt offen, wieso man dieses System ausweiten sollte, obwohl es nicht richtig funktioniert.
Paul von der Fachschaft Jura fragt nach, wie diese finanziert werden sollen. Karin antwortet, dass geplant war die Finanzierung aus Studiengebühren zu stemmen. Dieser Vorschlag wurde aber von SprecherInnenrat abgelehnt.

Bericht der Beauftragten für Gleichstellung Valerie:

Valerie lobt neue Gleichstellungsbeauftragte der Verwaltung und ihre Kompetenz.
AK für Gleichstellung beschloss Klausurtagung am 29.4.12.
Dort sollen Anträge für das StuPa gestaltet werden. Bisher arbeiten keine Vertreter oder VertreterInnen der Jusos, der LHG, dem RCDS, der Fachschaft Jura und der Fachschaft Wiwi im AK mit.

Bericht des AStA/ SprecherInnenrats von Karin

Am Mittwoch dem 18.04. fanden Gespräche mit dem Studentenwerk, der Stadtwerken Passau und DB Regio bezüglich der Einführung eines Semestertickets statt. Die Stadtwerke erklärten sich mündlich dazu bereit, ein Semesterticket für das Stadtgebiet mit einem Semesterbeitrag von 10 € einzuführen. Die Urabstimmung unter Studierenden soll zeitgleich mit den Uniwahlen stattfinden.

Das Kulturkartenprogramm ist gestartet.

TOP 4 Anträge

1. *GHG und JUSO HSG: Plakatierordnung*
   Diskussion

Franziska von der GHG stellt den Antrag vor. Plakatieren und Flyern gehe zu weit. Zu viele kommerzielle Anbieter nutzen die Plakatflächen der Universität. Unternehmen bräuchten eine kostenpflichtige Genehmigung, damit Hochschulgruppen den Platz erhalten, der ihnen zustehe. Als nichtkommerziell werden Hochschulgruppen und Mitglieder der Universität bezeichnet.
Zwei Passagen der alten Plakatierordnung wurden gestrichen. Zugewiesene Plakatstellen, z. B. Kultur und Kleinanzeigen, werden oftmals nicht eingehalten. Die Differenzierung in Stellen, an denen Plakatieren, geduldet/ toleriert wird, wird nicht als sinnvoll angesehen.
Paul für die Fachschaft WiWi wendet ein, dass Unternehmen, die z. B. für Praktika werben, der Studierendenschaft nutzen.
Sebastian für die Fachschaft Info fragt nach, wie weit der Kulturbegriff gefasst sein soll und ob der Begriff Kultur auch Partys, z. B. von Wohnheimen beinhalte. Franzi schlägt „gewinnmaximierende Unternehmen“ als Definition für kommerzielle Unternehmen vor.
Sabine von der GHG wendet ein, dass diese Definition nicht ausreiche.
Matthäus von der LHG fügt hinzu, dass kommerzielle Anbieter an der Universität als positiv wahrgenommen werden sollen. Studierende profitierten von kommerzieller Werbung, z.B. auch von Partywerbung. Er fragt nach wie man dafür sorgen könne, dass bezahlte Plakate hängen blieben und fordert, dass die Unterscheidung zwischen kommerziellen und nicht kommerziellen Gruppen verworfen werden solle.
Thorben vom RCDS befürchtet, dass Firmen und Kanzleien es dann unterlassen werden für Praktika zu werben. Damit ergäbe sich ein Standortnachteil für Passau. Er möchte den

Änderungsantrag stellen, den Passus „A 1.1, letzter Teilsatz“ zu streichen, zieht diesen dann aber zurück.
Sabine stellt Änderungsvorschläge zur Diskussion, die innerhalb der Grünen Hochschulgruppe angeregt wurden: Die Nichtentfernung von Plakaten solle nur für kommerzielle Anbieter gelten. Für die Entfernung hochschulinterner Plakate soll die Hausverwaltung zuständig sein. Die Entfernung der Plakate solle jeden Montagabend stattfinden.
Karo für die Fachschaft Philo wendet ein, dass Sonntagabend sinnvoller sei.
Georg für die Fachschaft WiWi fragt, ob bei den vorgeschlagenen Regelungen Vertragsgarantien verletzt werden, konkret ob eine Zeitraumgarantie umsetzbar ist.
Franzi wendet für die GHG ein, dass kommerzielle Anbieter Flächen zugewiesen bekommen sollen. Hochschulgruppen dürfen dort nicht plakatieren.
Max schlägt für die Jusos vor, dass eine Woche Zeit zum Aufhängen sinnvoller sei als ein Monat.
Claire (Juso) wendet bezüglich früherer Argumente ein, dass auch in der Stadt plakatiert wird und dort werden Plakate ebenso entfernt, auch wenn diese bezahlt wurden.
Paul für die FS Jura fragt nach ob diese Regelungen auch für den Bereich von Lautlicht gelten. Franzi sagt, dass dieser von den Regelungen nicht betroffen ist.
Franzi meint, dass Mensa und Kulturcafete von Plakatierordnung ausgenommen werden.
Paul wirft ein, dass kommerzielle Gruppen dann auf die Mensa ausweichen.
Matthäus (LHG) fragt, ob wir uns mit den Regelungen nicht selber einschränken, was Franzi (GHG) verneint. Die kommerziellen Anbieter würden eingeschränkt.
Sabine begründet, warum Kommerzielle für die Entfernung ihrer Plakate selbst zuständig sein sollen: Kommerzielle zahlen für bestimmten Zeitraum. Diesen sollen sie nicht überschreiten.
Elena wendet ein, dass wir dem Entfernungsproblem aus dem Weg gehen, wenn wir einmal wöchentlich die Wände der kommerziellen Anbieter reinigen lassen.
Tim merkt für den RCDS an, dass bei Lautlicht alle Hochschulgruppen nach Email-Ankündigung kostenlos flyern können.
Franzi führt bezüglich der Debatte um die regelmäßige Entfernung aus, dass bisher die Plakatierwände in unregelmäßigen Abständen gesäubert werden. Eine regelmäßige Entfernung gäbe Planungssicherheit.
Martin fragt aus dem Publikum nach, wie die Unternehmen eingeteilt werden. Start Up Unternehmen können sich die Mietgebühren vielleicht nicht leisten.
Die Stufung einer Gebühr wird im Plenum verworfen.
Sabine weist für die GHG darauf hin, dass eine Genehmigung bei Nichtentfernung nicht mehr erteilt wird.
Franzi schlägt vor in D 1.1.2. das „und“ zwischen „Hörsälen“ und „Mensacafeterien“ zu streichen.
Der Präsident beantragt die Schließung der Redeliste. Diskussion ist abgeschlossen.

Abstimmung
Änderungsantrag 1- Maximilian Karg (Juso)

In *A 1.2.b* soll Monat durch Woche ersetzt werden.

18 x Ja; 8 Enthaltungen

Änderungsantrag 2- Thorben Schütt (RCDS)

In A 1.1.1. sollen die letzen 7 Wörter gestrichen werden.

5 x Ja; 9 x Nein; 7 Enthaltungen

Änderungsantrag 3- Sabine Dösing (GHG)

In A 3.2 soll „... einmal die Woche, am Sonntagabend, werden die Plakate entfernt." angefügt werden.

12 x Ja; 10 Enthaltungen

Änderungsantrag 4- Sabine Dösing (GHG)

A 3.1 wird unter *A 1 Kommerzielle Gruppen* gezogen.

9 x Ja ; 1 x Nein; 12 x Enthaltung

Änderungsantrag 5- Elena Ammel

A 3.3.1 und A 3.3.2 sollen gestrichen werden, sowie der Abschnitt „Entfernung und Nichtentfernung von Flyern".

Sebastian (FS Info) fügt hinzu, dass er nur das Wort „Plakate" streichen will. Für Flyer soll der Abschnitt weiterhin gelten.

10x Ja; 5x Nein; 7 Enthaltungen

Änderungsantrag 6- Sabine Dösing (GHG)

A 1 einfügen: Flyer im Sinne dieser Plakatierordnung sind auch alle ähnlichen Werbematerialien, die an der Universität verbreitet werden."

12 x Ja; 10 x Enthaltungen

Abstimmung über den gesamten Antrag in geänderter Form

12 x Ja; 9 x Nein; 1 Enthaltung

2. Antrag der GHG, JUSO HSG und AStA: Hochschulgruppen

Diskussion

Franzi stellt den Antrag für die GHG vor: Der Antrag fordert eine Selbstverpflichtung der Hochschulgruppen bei deren Registrierung. Grundlegende Prinzipien der Universität sollen sich auch in deren Hochschulgruppen widerspiegeln.

Tim wendet ein, dass dies problematisch sei, z. B. wenn es eine reine Frauengruppe gäbe, dann solle diese sich auch treffen dürfen und weist auf das Beispiel der ZfS-Kurse hin.
Paul von der FS Jura empfindet die Regelung nur als einen zusätzlichen Pluspunkt. Er fragt sich nur wie Sanktionen aussehen könnten.
Franzi wendet für die GHG auf Tims Argumentation hin ein, dass Gruppen ja auch so existieren können und beschreibt eine Sanktion in Form der Nichtzulassung dieser Hochschulgruppen.

Valerie beschreibt Spezifische Kurse, die aufgrund bestehender Ungleichheiten angeboten werden. Rhetorikkurse, z. B. beziehen sich explizit auf Probleme der Frauen.

Matthäus wendet ein, dass die aktuelle Gesetzgebung reiche und verweist aufs Grundgesetz. Man solle nicht noch Weiteren den Mund verbieten. Meinung solle weiterhin kommuniziert werden dürfen und verweist auf andere Länder. Er stehe für die generelle Meinungsfreiheit.
Sabine (GHG) fordert, dass Hochschulgruppen die Diskussion suchen sollen, auch mit den im Antrag beschrieben Gruppen, und weist darauf hin, dass ein jeder auch als Nichthochschulgruppe seine Meinungsfreiheit ausüben könne. Innerhalb der Universität solle keine Diskriminierung stattfinden.
Matthäus wendet ein, dass auch unter Hochschulgruppen Meinungsfreiheit herrschen solle.

Julia fordert, dass ZfS-Kurse nicht als Argument ausgeführt werden sollen. Unterschiedliches Argumentationsverhalten sei statistisch bescheinigt und in dem Antrag gehe es grundsätzlich um Hochschulgruppen.

Anna vom RCDS möchte klarstellen, dass sich Interessen nun mal zusammenschließen. Eine Diskriminierung von Frauen und Männern könne dabei nicht vermieden werden. Man solle Traditionen akzeptieren und mit den Gegebenheiten klarkommen. Sie sieht eine Regelung als überflüssig an.

Aus dem Publikum kommt eine Frage nach fachspezifischen Hochschulgruppe im Zusammenhang mit einer Bitte um genauere Ausführung im Antrag.

Abstimmung

Änderungsantrag 1- Franziska Koch:

Im Satz „eine Gesellschaft, in der jeder Kopf gleich viel zählt" soll das Wort „Kopf" in „Individuum" geändert werden.

Paul schließt damit die Redeliste.

14 x Ja; 6 x Nein; 2 Enthaltungen

Abstimmung über den Antrag in geänderter Form

13 x Ja ;6 x Nein; 3 Enthaltungen

3. FS IM: Informationsblatt zu den Hochschulwahlen

Sebastian stellt den Vorschlag der Fachschaft vor: Dem Wahlbescheid soll ein Infoblatt beigelegt werden. In diesem sollen die Studierenden überzeugt werden, wählen zu gehen. Er stellt verschiede Vorschläge zur Wahl: „FS Info“, „Greta“ und „Felix“.

Georg von der FS WiWi weist auf „hetzerische Formulierungen“ hin. Diese könnten von der Fachschaft nicht mitgetragen werden.
Max wendet ein, dass der Vorschlag „Greta“ nur auf A5 funktioniere.
Paul schlägt vor diese Diskussion in kleinerer Runde fortzuführen und setzt ein Treffen für den Anfang der nächsten Woche an: Mo. 9.00- AStA Büro
Sebastian zieht daraufhin den Antrag zurück.

Abstimmung über die Einrichtung einer AG

Ist es in Ordnung wenn dafür keine AG gegründet wird?
20 x Ja; 1 Enthaltung

4. FS IM: Social Media

Sebastian zieht den Antrag zurück. Will weitere Vorarbeit einfügen. Kosch versucht die Unileitung für *social media* zu sensibilisieren und findet dabei auch Unterstützung bei weiteren Mitgliedern der Unileitung. Uni Passau soll sich mit dieser Initiative offiziell zu *social media* bekennen.

5. Juso HSG: Verlängerung der Anmeldefrist

Beschreibung des Antrags: Anmeldefristen sind sehr kurzfristig und die Studierenden werden erst spät darauf hingewiesen sich in HisQis anzumelden. Anfang des Semesters wissen viele noch nicht über konkrete Teilnehme an Prüfungen Bescheid.
Seitens der Verwaltung brauche man konkrete Zahlen über die Anzahl der Prüflinge für die Raumplanung. Es müsse auf jeden Fall eine Deadline geben, doch der jetzt gewählte Zeitraum sei zu früh.
Paul gibt zu bedenken, dass man den Vorlesungen darauf hingewiesen werde. Wenn die Leute darauf nicht regierten, seien sie selber schuld. Wenn eine Verlängerung der Anmeldefrist möglich wäre, unterstützt er den Antrag.
Georg (FS WiWi) gibt zu Bedenken, dass einige Formulierungen ein falsches Signal setzen.
Sebastian stellt klar, dass es an der FIM andere Regelungen gebe, durch die man sich bis zu 2 Wochen vor den Prüfungen an- oder abmelden kann. Die Studierenden der FIM sind von

dem Problem nur in Nebenfächern tangiert, was eine Regelung auch für die FIM relevant mache.

Abstimmung

Änderungsantrag 1- Paul:

2. Satz: Änderung (s. Valerie)

Einstimmig angenommen

6. Antrag der Juso HSG: Aufnahme von ZfS-Kursen in HisQis

Beschreibung: Kurse dienen der eigenen Fortbildung. Diese Maßnahmen sollen auch als universitäre Leistung abrufbar sein. Gerade für Bewerbungszwecke sei dies sehr sinnvoll.

Karo von der FS Philo fragt sich, wie man einzelne Kurse auswählen könnte. Eine schwer umsetzbare Idee wäre StudIP. Sie schlägt vor Kurse als zusätzlichen Ausdruck abrufbar zu machen und nicht auf der Bescheinigung für die bisherigen Studienleistungen.

Sabine vergleicht dieses Vorgehen mir dem vom Sprachenzentrum.
Sebastian fügt hinzu, dass man Kurse auswählen können muss, damit nicht jeder Kurs preisgegeben werde.
Manuel von der FS Info wirft ein, dass diese zusammengefasste Version durch das ZfS zur Verfügung gestellt werden müsste und weist auf den bürokratischen Aufwand hin. Änderungen bei HISQIS betrachtet er als unrealistisch.
Lisa wirft aus dem Publikum ein, dass eine Liste mit akkreditierten Veranstaltungen nächstes Jahr veröffentlicht werde.

Abstimmung

3 x Ja; 8 x Nein; 11 x Enthaltungen

TOP 5 Sonstiges

Der 8.6. und 23.12 sind vorlesungsfrei.
Als nächster Termin wird der 17.05. festgelegt. Die Einladung erfolgt am 10.05.

Stephan (Beauftragter für sexuelle Orientierung) bittet um die Verlesung eines Briefes. Einem Mitglied der L.I.F.E.- Hochschulgruppe wurde ein schockierender Drohbrief zugestellt, in dem diesem Gewalt innerhalb von Räumen der Universität angedroht wird. Daher gehe man davon aus, dass sich der Verfasser an der Uni befindet. Stephan ruft dazu auf, gegen ein solches Verhalten und Homophobie im Allgemeinen an der Uni aktiv vorzugehen.

Uni-Stammtisch der Piraten an der Universität Passau
http://wiki.piratenpartei.de/HSG:Passau
E-Mail: by-hsg-passau@lists.piratenpartei-bayern.de

An das Studierendenparlament
der Universität Passau

30. April 2012

Antrag an das Studierendenparlament für die 6. ordentliche Sitzung am 03.05.2012

Das Studierendenparlament möge die Bildung eines Arbeitskreises zur inhaltlichen Ausgestaltung eines „Wahl-O-Maten“ (im Weiteren: „Mat-O-Wahl“[1]) für die Hochschulwahl 2012 **beschließen.**

Begründung

Im Vorfeld von Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene veröffentlicht die Bundeszentrale für politische Bildung seit einigen Jahren den „Wahl-O-Mat“. Diese Software erfährt seit ihrer Einführung hohes Interesse bei Wählerschaft und Medien. Vor dem Hintergrund einer regelmäßig niedrigen Wahlbeteiligung könnte ein vergleichbares Angebot bei manchen Studierenden das Interesse an den bevorstehenden Passauer Hochschulwahlen wecken. Da eine solche Software ergänzend die Angabe ausführlicher Begründungen für die Positionen der politischen Hochschulgruppen sowie Links auf deren Websites ermöglicht, kann sie auch als spielerischer Einstieg in eine ausführlichere Beschäftigung mit hochschulpolitischen Themen dienen.

[1] Technisch kommt die Open-Source-Lösung „Mat-O-Wahl“ (http://mat-o-wahl.de, verwendet z.B. hier: http://matowahl.stjr.de) zum Einsatz. Der Wahl-O-Mat der bpb (http://wahl-o-mat.de) ist urheberrechtlich und markenrechtlich geschützt.

Der Arbeitskreis besteht aus:

- je einem Mitglied der an der Hochschulwahl teilnehmenden Hochschulgruppen, das mit dem Wahlprogramm seiner Hochschulgruppe ausreichend vertraut ist, zur Thesenfindung und zur Festlegung der Position der Hochschulgruppe in Rücksprache mit der Hochschulgruppe,
- je einem Mitglied der Fachschaftsvertretungen in beratender Funktion (auch technischer Beratung), zur Unterstützung der Thesenfindung und als mögliche Ersttester des zu erstellenden Programms.

Die technische Umsetzung und Moderation erfolgt durch den Uni-Stammtisch der Piraten. Das entstehende Programm ist für jeden einsehbar, bleibt durch die starke Copyleft-Lizenz des verwendeten Frameworks auch quelloffen und seine Funktionsweise ist dadurch transparent.

Vorarbeit

Optionen zur technischen Umsetzung des Vorhabens wurden durch den Uni-Stammtisch der Piraten geprüft. Das bestehende Open-Source-Framework „Mat-O-Wahl“ (`http://mat-o-wahl.de`) sollte mit kleinen Anpassungen zugunsten eines passenden Layouts genügen.

Die Bereitstellung eines „Mat-O-Wahl“ wurde während der 5. ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments am 19. April 2012 als freie Wortmeldung durch Mitglieder des Uni-Stammtischs der Piraten vorgeschlagen und im Studierendenparlament diskutiert. Die Vertreter der politischen Hochschulgruppen signalisierten dabei ihre grundsätzliche Unterstützung für ein solches Vorhaben.

Antrag an das Studierendenparlament am 03.Mai 2012

Das Studierendenparlament möge beschließen

Dass studentische Projekte mit Gleichstellung besonders förderungswürdig sind.

Begründung:
Die Gleichberechtigung von männlichen und weiblichen Studierenden ist zentrale Aufgabe öffentlicher Institutionen und im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz, sowie im Bayrischen Hochschulgesetz verankert.
Die Sozialisation nach geschlechtsspezifischen Rollenbildern beginnt im frühen Alter. Die Geschlechterforschung ist sich weitgehend einig, dass die Kategorie „Mann“ und „Frau“ nicht biologisch gegeben, sondern anerzogen wird. Jedes Individuum wird durch (un-)bewusste Erziehung und Einfluss der Gesellschaft in Kindheit und Jugend ein stereotypes Rollenbild vorgegeben, das auch den späteren Lebenslauf beeinflusst und sich als Ungleichheit im Beruf manifestiert. In der Wissenschaft arbeiten deswegen meistens Frauen als niedrigentlohnte Sekretärinnen und Männer als Professoren. Diese unzeitgemäßen Beschränkungen wollen wir nicht länger hinnehmen! Wenn in der Wissenschaft beispielsweise nur eine männliche Perspektive auf ein Problem vorhanden ist, führt dies zu Einseitigkeit und Exzellenzabbau.

Um die Ungleichheiten abzubauen, und dem Gleichstellungskonzept der Universität Passau gerecht zu werden - Gleichberechtigung sei eine „ Querschnittaufgabe für alle Ebenen - sollten sich StudentInnen schon möglichst früh damit auseinandersetzen.
Deswegen sollte bei studentischen Initiativen, die den Universitätsalltag bereichern, auf den Aspekt Gleichstellung geachtet werden. Dadurch wird sich schon im Studium mit der Frage „Was bedeutet Gleichberechtigung?“ beschäftigt. Studierende und Hochschulgruppen können ein Gefühl für bestehende Geschlechterngleichheit entwickeln .

AntragstellerInnen:
Arbeitskreis Gleichstellung des Studierendenparlamentes